

## Bekanntmachung

Die Thüringer Landgesellschaft mbH plant im Rahmen der Umsetzung des Thüringer Landesprogramms Hochwasserschutz den **Bau einer Hochwasserschutzwand im Uferbereich der Weißen Elster in Greiz-Rothenthal im Bereich der Bahnbrücke** und hat dazu einen Antrag auf Erteilung einer Zulassung gemäß § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771), gestellt.

Bei diesem Vorhaben handelt es sich um einen Gewässerausbau, für welchen nach Anlage 1 Nr. 13.13 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert am 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370), die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu erfolgen hat.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird bekannt gegeben:

Aufgrund der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 UVPG unter Beachtung der Kriterien gemäß Anlage 3 zum UVPG wird eingeschätzt, dass das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassung zu berücksichtigen sind und somit keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Nach Prüfung der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG ergibt sich dies im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Mit Umsetzung der geplanten Baumaßnahme erfolgen keine Eingriffe im Gewässer. Es sind u. a. räumlich begrenzte Eingriffe in den Uferbereich der Weißen Elster erforderlich. Die baubedingte Beeinträchtigung der Flora, insbesondere die Eingriffe in den Uferbewuchs, ist nur in einem geringen Umfang vorgesehen. Beeinträchtigungen der Fauna werden durch Bauzeitenbeschränkungen sowie Vorsorge- und Schutzmaßnahmen vermieden. Negative Auswirkungen auf das Abflussverhalten der Weißen Elster, insbesondere im Hochwasserfall, sind nicht zu erwarten. Vielmehr dient die Hochwasserschutzwand dem Schutz von Teilen der Ortslage Rothenthal. Die Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden durch die mit dem Bau der Hochwasserschutzmauer verbundene Versiegelung von Flächen wird ausgeglichen. Für die Bauzufahrten erfolgt nur eine temporäre Inanspruchnahme von Flächen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist. Die Entscheidungsgründe sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Thüringer Umweltinformationsgesetzes (ThürUIG) vom 10. Oktober 2006 (GVBl. S. 513), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2017 (GVBl. S. 158), im Thüringer Landesverwaltungsamt, Referat 440, Jorge-Semprún-Platz 4 in 99423 Weimar, zugänglich.

Diese Bekanntmachung wird auch auf der Homepage des Thüringer Landesverwaltungsamtes ([www.thueringen.de/th3/tlvwa/](http://www.thueringen.de/th3/tlvwa/)) auf der Seite „Aktuelles“ unter „Bekanntmachungen“ veröffentlicht.

Weimar, den 22.11.2018

Thüringer Landesverwaltungsamt  
Der Präsident

Frank Roßner